

Verordnung

über Futtermittel. Vom 5. Oktober 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Den Vorschriften dieser Verordnung unterliegen alle Futtermittel tierischen oder pflanzlichen Ursprunges. Dies gilt nicht:

1. für Futtermittel, soweit der Verkehr mit ihnen durch andere Verordnungen geregelt ist;
2. für Grünfütter, Futtermittel aller Art, Pferdemöhen, Heu, Häcksel und Stroh, mit Ausnahme von Futtermehlen und anderen Erzeugnissen, die aus diesen Stoffen gewonnen werden.

Den Futtermitteln im Sinne der Verordnung stehen gleich:

1. als Hilfsstoffe: Torfstreu, Torfmüll, aus Moostorf hergestellte Torfstoden und zu Futterzwecken fertig hergerichteter kohlensaurer Kalk;
2. alle Mischfuttermittel, in denen dieser Verordnung unterliegende Futtermittel oder Hilfsstoffe enthalten sind.

Der Reichskanzler kann die Vorschriften dieser Verordnung auf andere Hilfsstoffe ausdehnen.

§ 2. Futtermittel dürfen nur durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H. in Berlin abgesetzt werden. Dies gilt nicht:

1. für Futtermittel, die vom Inkrafttreten dieser Verordnung ab in der Hand desselben Eigentümers einen Doppelsentner von jeder Art nicht übersteigen;
2. für Futtermittel, welche die Landesfuttermittelstellen, die von diesen bestimmten Stellen, die Kommunalverbände oder die vom Reichskanzler bestimmten besonderen Stellen (§ 12) von der Bezugsvereinigung zum Zwecke des Absetzes erhalten haben, soweit der Absatz unter Einhaltung der nach §§ 12, 14 erlassenen Anordnungen erfolgt.

3. für anerkanntes Saatgut von Ackerbohnen, Sojabohnen, Wicken, Lupinen, Bohnen und Gemenge von Hülsenfrüchten sowie für Saatgut dieser Futtermittel, das durch eine von der Landeszentralbehörde zu bezeichnende Saattstelle als zur Saat geeignet erklärt und von der vom Reichskanzler bestimmten Stelle zu Saatzwecken freigegeben worden ist.

Das von dieser Stelle freigegebene Saatgut darf nur durch die von der Landeszentralbehörde bezeichnende Saattstelle abgesetzt werden. Die vom Reichskanzler bestimmte Stelle hat die zuständige Saattstelle von jeder Freigabe unverzüglich zu benachrichtigen. Die Saattstelle kann die Preise für das Saatgut im Einvernehmen mit der vom Reichskanzler bestimmten Stelle vorschreiben. Sie ist an die vom Reichskanzler vorgeschriebenen Grenzen gebunden. Der Reichskanzler kann weitere Bestimmungen über den Verkehr mit Saatgut erlassen. Futtermittel der im Abs. 1 genannten Art, die als Saatgut in Anspruch genommen, aber zu Saatzwecken nicht verwendet worden sind, sind nach Verordnung der Saatzeit bei der vom Reichskanzler bestimmten Stelle anzumelden und von dieser nach § 6 ff. zu übernehmen. Dies gilt nicht für Mengen unter 25 Kilogramm von jeder Art. Die Vorschriften in diesem Absatz gelten nicht für anerkanntes Saatgut.

Die Landeszentralbehörden erlassen die näheren Bestimmungen über die Anerkennung.

Etwas bestehende noch unerfüllte Lieferungsverträge begründen eine Ausnahme von dieser Vorschrift nicht.

§ 3. Wer bei Beginn eines Kalendervierteljahres Futtermittel in Gewahrsam hat, hat die zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Mengen getrennt nach Arten und Eigentümern unter Nennung der letzteren der Bezugsvereinigung anzuzeigen. Wer Futtermittel im Betriebe seines Gewerbes herstellt, hat anzuzeigen, welche Mengen er in dem laufenden Vierteljahre voraussichtlich herstellen wird. Die Anzeigen sind jeweils bis zum fünften Tage jedes Kalendervierteljahres zu erstatten.

Die Anzeigepflicht gilt nicht für die Fälle des § 2 Abs. 2 sowie für Mengen, deren der Anzeigepflichtige zur Aussaat oder zum sonstigen Verbrauch in seinem landwirtschaftlichen Betrieb oder in dem dazugehörigen gewerblichen Nebenbetriebe bedarf.

Die Bezugsvereinigung kann von den Fabriken jederzeit auch die Anzeige der vorhandenen Rohmaterialien verlangen.

§ 4. Die Eigentümer von Futtermitteln haben sie der Bezugsvereinigung auf Verlangen käuflich zu überlassen und auf deren Abkauf zu verladen. Auf Verlangen der Bezugsvereinigung haben sie ihr Proben gegen Erstattung der Ueberbringungskosten einzuliefern.

Dies gilt nicht für die im § 2 Absatz 2 genannten Mengen, sowie für Mengen, die zum Verbrauch im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb oder in dem dazugehörigen gewerblichen Nebenbetriebe erforderlich sind. Bei anderen gewerblichen Betrieben gilt Absatz 1 nicht für die Mengen, welche zur Verfütterung an die im eigenen Betriebe gebrauchten Spanntiere erforderlich sind; die näheren Bestimmungen hierüber erläßt die Reichsfuttermittelstelle.

§ 5. Erzeuger von nasser Kartoffelpulpe, nasser Bierhefe sowie von nasser Schlempe und nassen Trebern haben die Futtermittel auf Verlangen der Bezugsvereinigung zu trocknen, soweit sie Anlagen dazu besitzen und die Bezugsvereinigung die Abnahme zusichert.

§ 6. Die Bezugsvereinigung hat auf Antrag des Eigentümers binnen 4 Wochen nach Eingang des Antrages zu erklären, welche bestimmt zu bezeichnenden Mengen sie übernehmen will.

Für die Mengen, welche die Bezugsvereinigung hiernach nicht übernehmen will, erläßt die Bezugsvereinigung nach § 2. Das gleiche gilt, soweit die Bezugsvereinigung eine Erklärung binnen der Frist nicht abgibt. Beim Absatz von Futtermitteln im freien Verkehr dürfen die vom Reichskanzler nach § 7 bestimmten Preisgrenzen nicht überschritten werden. Die Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 25) und vom 23. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 183).

Alle Mengen, die hiernach dem Absatz durch die Bezugsvereinigung vorbehalten sind, müssen von ihr abgenommen werden. Der Eigentümer hat der Bezugsvereinigung anzuzeigen, von welchem Zeitpunkt ab er zur Lieferung bereit ist. Erfolgt die Uebernahme nicht binnen 4 Wochen nach diesem Zeitpunkt, so ist der Marktpreis vom Ablauf der Frist ab mit 1 vom Hundert über den jeweiligen Reichsbankdiskont zu verzinsen. Mit dem Zeitpunkt, an dem die Verzinsung beginnt, geht die Gefahr des zufälligen Verderbens oder der zufälligen Wertverminderung auf die Bezugsvereinigung über. Der Eigentümer hat die Mengen bis zur Abnahme aufzubewahren, wofür er zu behandeln und in handelsüblicher Weise zu versichern. Er erhält dafür eine Vergütung, die vom Reichskanzler festgesetzt wird. Der Eigentümer hat nach näherer Anweisung des Reichskanzlers Feststellungen darüber zu treffen, in welchem Zustand sich die Gegenstände im Zeitpunkt des Gefahrüberganges befinden; im Streitfall hat er den Zustand nachzuweisen.

Die Bezugsvereinigung ist zur Abnahme verpflichtet, sobald der Eigentümer durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde nachweist, daß eine weitere Lagerung ihm nicht möglich ist.

§ 7. Die Bezugsvereinigung hat dem Verkäufer für die von ihr abgenommenen Mengen einen angemessenen Uebernahmepreis zu zahlen. Dieser Preis darf die vom Reichskanzler bestimmten Grenzen nicht übersteigen.

Ist der Verkäufer mit dem von der Bezugsvereinigung angebotenen Preise nicht einverstanden, so setzt ein Schiedsgericht unter Ausschluss des Rechtsweges den Preis endgültig fest. Das Schiedsgericht ist an die nach Absatz 1 bestimmten Preisgrenzen gebunden. Es bestimmt darüber, wer die haren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat. Bei der Festsetzung ist der Preis zu berücksichtigen, der zur Zeit des Gefahrüberganges (§ 6 Abs. 3) angemessen war. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Uebernahmepreises zu liefern, die Bezugsvereinigung vorläufig den von ihr für angemessen erachteten Preis zu zahlen.

Das Schiedsgericht wird von der Landeszentralbehörde bestellt. Zuständig ist das Schiedsgericht des Bezirks, aus dem die Lieferung erfolgen soll.

§ 8. Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so kann das Eigentum auf Antrag der Bezugsvereinigung durch Anordnung der zuständigen Behörde auf die Bezugsvereinigung oder die von ihr in dem Antrag bezeichnete Person übertragen werden. Die Anordnung ist an den Eigentümer zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung dem Eigentümer zugeht. Zuständig ist die Behörde des Bezirks, aus dem die Lieferung erfolgen soll.

§ 9. Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme. Für frühtige Restbeträge beginnt diese Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung des Schiedsgerichts der Bezugsvereinigung zugeht.

§ 10. Die Futtermittel sind, vorbehaltlich der Vorschrift des Absatz 2, frei jeder deutschen Eisenabkühlung zu den Einheitspreisen zu liefern, die der Reichskanzler festsetzt.

Die Bezugsvereinigung darf zu diesen Einheitspreisen einen Zuschlag von 3 vom Hundert erheben.

Die Zuschläge, welche die Weiterverkäufer erheben dürfen, werden durch die Landeszentralbehörden festgesetzt.

§ 11. Die Bezugsvereinigung darf von dem Umsatz 2 vom Tausend als Vermittelungsvergütung zurückbehalten.

Im übrigen ist der Reineinnahme zur Beschaffung von Futtermitteln aus dem Ausland nach den Weisungen des Reichskanzlers zu verwenden. Ueber den etwa verbleibenden Rest verfügt der Reichskanzler.

§ 12. Die Bezugsvereinigung hat die Futtermittel an die Landesfuttermittelfstellen, an die von diesen bestimmten Stellen, an die Kommunalverbände oder an die vom Reichskanzler bestimmten besonderen Stellen zu liefern. Die Lieferung erfolgt nach den Weisungen der Reichsfuttermittelfstelle.

§ 13. Der Reichskanzler kann allgemein oder im Einzelfalle bestimmen, inwieweit die der Verordnung unterliegenden Gegenstände zur menschlichen Ernährung zu verwenden sind.

§ 14. Die in § 12 genannten Stellen haben ihren Abnehmern für Weiterverkäufe bestimmte Bedingungen und Preise vorzuschreiben und ihre Einhaltung zu überwachen. Sie haben insbesondere vorzuschreiben, daß die Futtermittel nur zur Viehfütterung innerhalb ihres Bezirkes verwendet werden dürfen.

§ 15. Mischfutter darf, außer zum Verbrauch in der eigenen Wirtschaft nur mit Genehmigung der Reichsfuttermittelfstelle oder durch die Landesfuttermittelfstellen hergestellt werden.

§ 16. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten nicht für die Heeresverwaltungen, die Marineverwaltung und die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H.

Sie beziehen sich nicht auf die vom Kriegsausschuß für Ersatzfutter, G. m. b. H., oder in seinem Auftrag hergestellten Ersatzfuttermittel. Diese sind jedoch durch die Bezugsvereinigung oder die vom Reichskanzler bestimmten Stellen nach den Vorschriften dieser Verordnung zu verteilen.

Die Vorschriften dieser Verordnung beziehen sich nicht auf Futtermittel, die der Verordnung, betreffend die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Nahrungsmitteln, vom 28. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 67) unterliegen und nach dem 28. Januar 1916 aus dem Ausland eingeführt sind.

§ 17. Die Bundeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Sie bestimmen, wer als zuständige Behörde und als Kommunalverband im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 18. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft:

1. wer dem § 2 zuwider Futtermittel in anderer Weise als durch die Bezugsvereinigung absetzt oder den Vorschriften des § 2 Abs. 2 Nr. 3 über den Verkehr mit Saatgut zuwiderhandelt;
2. wer die ihm nach § 3 obliegenden Anzeigen nicht in der gesetzten Frist erstattet oder wer wissenschaftlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht;
3. wer der ihm nach § 5 obliegenden Verpflichtung zum Trocknen nicht nachkommt;
4. wer der Verpflichtung zur Aufbewahrung, pflegerischen Behandlung und zur Versicherung (§ 6 Abs. 3) zuwiderhandelt;
5. wer den ihm auf Grund des § 14 auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommt;
6. wer den nach § 2 Abs. 2 Nr. 3, § 17 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;
7. wer dem § 15 zuwider Mischfutter ohne Genehmigung herstellt.

In den Fällen der Nrn. 1, 2, 3, 7 können neben der Strafe die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 19. Soweit in dieser Verordnung die Bezugsvereinigung genannt ist, treten bei Ausputz- und Schwünngeräte an die Stelle der Bezugsvereinigung die von der Reichsfuttermittelfstelle bestimmten Stellen.

Die Vorschriften der §§ 10, 11 finden auf Ausputz- und Schwünngeräte keine Anwendung.

Gerste, die im Gemenge mit Hülsenfrüchten gewesen und nach der Abertung des Gemenges aus diesem ausgesondert ist, unterliegt den Vorschriften der Bekanntmachung über Gerste aus der Ernte 1916 vom 6. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 800).

§ 20. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 21. Die Bekanntmachung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 399) nebst den Bekanntmachungen vom 5. August, 19. August, 13. September, 8. November, 19. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 489, 503, 584, 747, 831) und vom 16. März, 24. März, 1. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 168, 193, 349) sowie die Bestimmungen in Nr. I der Bekanntmachung vom 6. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 443) treten außer Kraft.

Soweit in Verordnungen auf Vorschriften verwiesen ist, die durch diese Verordnung außer Kraft gesetzt werden, treten an deren Stelle die entsprechenden Vorschriften dieser Verordnung.

§ 22. Der von der Bezugsvereinigung nach § 7 Absatz 1 zu zahlende Uebnahmepreis darf die in den Bekanntmachungen vom 19. August 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 504), 6. Januar, 26. März, 6. Juni und 5. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 2, 197, 443, 929) festgesetzten Grenzen bis zu anderweitiger Festsetzung

durch den Reichskanzler nicht überschreiten. Die Preise gelten als Höchstpreise im Sinne des § 6 Absatz 2.

§ 23. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 5. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

über Futtermittel. Vom 14. Oktober 1916.

Auf Grund des § 17 der Bundesratsverordnung über Futtermittel vom 5. Oktober 1916 (R.-G.-Bl. S. 1108 ff.) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Im Sinne der Verordnung ist

- a) zuständige Behörde das Kreisamt,
- b) Kommunalverband das Großherzogtum.

§ 2. Mit der Uebernahme, Verteilung und Abgabe der Futtermittel wird die Landesverteilungsstelle für Futtermittel in Darmstadt beauftragt.

§ 3. Als Saatstelle im Sinne von § 2 der Bundesratsverordnung wird die Landwirtschaftskammer für das Großherzogtum Hessen bezeichnet.

Anerkanntes Saatgut im Sinne von § 2 Abs. 2 Ziffer 3 sind die im eigenen Betrieb gewonnenen Samen der dort aufgeführten Hülsenfrüchte:

- a) aus Betrieben, die verlangen können, daß bei der Aufgabe des Saatgutes zur Beförderung mit der Eisenbahn gleich bei der Abfertigung die ermäßigte Fracht nach dem Saattariff berechnet wird (§ 46 des Deutschen Eisenbahntariffs, Teil I, Abt. B und gemeinsamer Tarif und Verkehrsangeiger für den Güter- und Tierverkehr 1913, Anlage zu Nr. 76, 1914 S. 691);
- b) aus Betrieben, die sich mindestens in den letzten 2 Jahren mit dem Verkauf von Hülsenfrüchten zu Saatweiden beschäftigt haben;
- c) sofern sie von der Saatstelle ausdrücklich als Saatgut anerkannt worden sind.

§ 4. Nach § 7 der Bundesratsverordnung wird ein Schiedsgericht für das Großherzogtum mit dem Sitz in Darmstadt bestellt.

Der Vorsitzende und dessen Stellvertreter werden von dem Groß- Ministerium des Innern, Abteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe ernannt. Die Beisitzer werden ehrenamtlich von dem Vorsitzenden berufen. Die Landwirtschaftskammer und der Vorort der hessischen Handelskammern werden der vorgenannten Ministerialabteilung Vorschlagslisten einreichen. In jeder Sitzung ist nach diesen Listen je ein von der Landwirtschaftskammer und dem Vorort der hessischen Handelskammern vorgeschlagener Beisitzer zu berufen. Die Beisitzer sind vor ihrem Amtsantritt durch den Vorsitzenden durch Handschlag an Eidesstatt zu treuer und gewissenhafter Führung ihres Amtes und zur Amtsverschiebung zu verpflichten.

§ 5. Die Zuschläge nach § 10 Abs. 3 der Bundesratsverordnung werden auf 3 v. H. festgesetzt.

Darmstadt, den 14. Oktober 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

S. B.: Schliephake.

Bekanntmachung

über die Durchfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver. Vom 13. Oktober 1916.

Auf Grund des § 3 der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver vom 18. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 302) wird folgendes bestimmt:

Artikel I. Die Durchfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver über die Grenzen des Deutschen Reiches ist verboten. Ausgenommen davon ist die Durchfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver, die in der Schweiz hergestellt worden sind. Die Zulassung von weiteren Ausnahmen von dem Verbote des Abs. 1 bleibt vorbehalten.

Artikel II. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 13. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

Betr.: 3. Ausgabe von Süßstoff (Saccharin).

In der Zeit vom 21.—31. Oktober d. J. wird gegen den Lieferungsabschnitt 3 der Süßstoffarten „H“ (blau) und „G“ (gelb) von den Süßstoffabgabestellen Süßstoff abgegeben. Ausnahmsweise gelangen wiederum zwei Briefchen bzw. zwei Schachteln auf den Abschnitt zur Ausgabe. Mit dem 31. Oktober verliert der Abschnitt 3 seine Gültigkeit. Nach diesem Zeitpunkt nicht abgerufene Süßstoffmengen dürfen von den Abgabestellen frei verkauft werden.

Gießen, den 18. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

S. B.: Langermann.

Bekanntmachung

Aber die äußere Kennzeichnung von Waren. Vom 11. Oktober 1916.
Auf Grund des § 1 der Verordnung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 18. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 380) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Soda, Seife und sonstige Waschlittel, die in Packungen an den Verbraucher abgegeben werden sollen, müssen auf der Packung in einer für den Käufer leicht erkennbaren Weise und in deutscher Sprache folgende Angaben enthalten:

1. den Namen oder die Firma und den Ort der gewerblichen Hauptniederlassung desjenigen, der die Ware herstellt; bringt ein anderer als der Hersteller die Ware in der Packung unter seinem Namen oder seiner Firma in den Verkehr, so ist statt dessen Name oder Firma und Niederlassungsort dieser Person anzugeben;
2. den Zeitpunkt der Füllung, nach Monat und Jahr;
3. den Inhalt nach handelsüblicher Bezeichnung und Gewicht;
4. den Kleinverkaufspreis in deutscher Währung.

§ 2. Die im § 1 vorgeschriebenen Angaben sind vom Hersteller oder, falls ein anderer die Ware in der Packung unter seinem Namen oder seiner Firma in den Verkehr bringt, von diesem anzubringen.

Die Angaben sind anzubringen, bevor der Verpflichtete die Ware weitergibt.

§ 3. Die Befestigung oder Kennzeichnung einer Preisangabe, zum Beispiel durch Ueberklebseittel, ist verboten.

§ 4. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf Waren, die bis zum Tage der Verkündung hergestellt und in Packungen eingefüllt sind, nur insoweit Anwendung, als sich die Waren noch im Gewahrsam des Herstellers oder derjenigen Person befinden, die sie unter ihrem Namen oder ihrer Firma in den Verkehr bringt; an Stelle der Angabe des Zeitpunktes der Füllung genügt der Vermerk: „Gefüllt vor dem 1. August 1916“.

Die Bestimmungen gelten nicht für Waren, die aus dem Auslande in Originalpackungen eingeführt sind oder werden. Solche Waren sind vor der Abgabe an den Verbraucher auf der Packung als Auslandsware zu kennzeichnen.

Für die äußere Bezeichnung der von der Heeresverwaltung oder der Marineverwaltung in Auftrag gegebenen Waren gelten die von diesen Stellen vorgeschriebenen besonderen Bestimmungen.

§ 5. Zuwiderhandlungen sind nach § 5 der Verordnung des Bundesrats über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 18. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 380) mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark oder mit einer dieser Strafen strafbar.

§ 6. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. November 1916 in Kraft.

Berlin, den 11. Oktober 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Freiherr von Stein.

Verordnung

Betreffend Abänderung der Verordnung über Höchstpreise für Hafer vom 24. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 826).

Vom 18. September 1916.

Auf Grund der Bekanntmachung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) wird folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1. Der § 1 der Verordnung über Höchstpreise für Hafer vom 24. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 826) erhält folgende Fassung:

Der Preis für die Tonne inländischen Hafers darf beim Verkauft durch den Erzeuger, soweit bis zum 30. September 1916 einschließlich geliefert wird, dreihundert Mark, und soweit nach diesem Zeitpunkt geliefert wird, bis zur anderweiten Festsetzung zweihundertachtzig Mark nicht übersteigen.

Die Landeszentralbehörden können für Gegenden mit besonders später Ernte mit Zustimmung des Kriegsernährungsamts festsetzen, daß der Preis von dreihundert Mark für die Tonne für Lieferungen bis zum 15. Oktober 1916 einschließlich bezahlt werden darf.

Artikel 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 18. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Groh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir empfehlen, vorstehende Verordnung mit dem Anfügen in vorstehender Weise bekannt zu machen, daß Groh. Ministerium des Innern unter Zustimmung des Kriegsernährungsamts den Höchstpreis für alle bis zum 15. Oktober 1916 einschließlich vollzogenen Haferlieferungen auf 300 Mark für die Tonne nachträglich festgesetzt hat.

Gießen, den 20. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Bekanntmachung

über die Einrichtung der Quittungskarten für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Vom 12. Oktober 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 1416 der Reichsversicherungsordnung beschlossen:

Die durch die Bekanntmachung über die Einrichtung der Quittungskarten für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sowie das Entwerfen und Vernichten der Beitragsmarken und der Zusatzmarken vom 10. November 1911 (Reichs-Gesetzbl. S. 937) unter I getroffenen Bestimmungen über die Einrichtung der Quittungskarten werden unbeschadet des Verbrauchs vorhandener Vorräte durch die folgenden Vorschriften ersetzt:

1. Die Quittungskarten sind für die Pflichtversicherung in gelber Farbe und für die Selbstversicherung in grauer Farbe nach den durch die Bekanntmachung vom 10. November 1911 vorgeschriebenen Mustern A und B aus Zellstoff herzustellen. Der Stoff muß eine mittlere Reißlänge von 4000 Metern und eine mittlere Dehnung von 3 vom Hundert haben, darf nur schwach geglättet angefertigt werden und muß im Quadratmeter ein Gewicht von 270 Gramm bis 290 Gramm, im Durchschnitt 280 Gramm aufweisen.

In der Färbung müssen die Karten den im Reichsversicherungsamt niedergelegten Mustern entsprechen. Metanilgelb und ähnliche säureempfindliche gelbe Farbstoffe dürfen nicht verwendet werden.

2. Für die Selbstversicherung und ihre Fortsetzung (§ 1243 a. a. O.) sind besondere Quittungskarten von grauer Farbe wie bisher zu verwenden. Wer hierfür gelbe Quittungskarten unbefugt verwendet, kann, sofern nicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften eine härtere Strafe eintritt, vom Versicherungsamt mit einer Ordnungsstrafe bis zu 20 Mark bestraft werden.

3. Personen, für die früher auf Grund der Versicherungspflicht Beiträge entrichtet worden sind, dürfen auch im Falle der Selbstversicherung nur gelbe Quittungskarten verwenden.

Berlin, den 12. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

betreffendollerleichterungen für Waren aus den besetzten feindlichen Gebieten. Vom 12. Oktober 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Massnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

I. Nachstehend aufgeführte Waren bleiben, wenn sie in den besetzten Gebieten feindlicher Länder erzeugt sind, bis auf weiteres bei der Einfuhr zollfrei:

- alle Waren der Nummern 36, 46, 47, 110, 115 und 287 des Zolltarifs,
- aus Nummer 45 des Zolltarifs Weintrauben (Weinbetren), frisch, zum Tafelgenuß,
- aus Nummer 112 des Zolltarifs Federwild, nicht lebend, auch zerlegt, nicht zubereitet.

II. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 12. Oktober 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Zahn.

Betr.: Höchstpreise für Wild.

Wenn ein Jäger Rehwild in zerrivtem Zustand abgibt, so darf der Erlös für die einzelnen Teile in der Gesamtsumme nicht mehr betragen, als der Preis, den die Jäger für das ganze Stück Wild nach Ziffer A 2 der Bekanntmachung vom 27. September 1916 (Preisblatt Nr. 125) erzielen würden.

Gießen, den 21. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Bekanntmachung

Betr.: Festsetzung der Preise für das Kadavergewicht mit Rotlauf befallener Schweine.

Auf Grund des Artikel 7, Absatz 5 des Gesetzes, betreffend die Entschädigung für an Milzbrand, Rauschbrand und Schweinerotlauf gefallene Tiere, in der Fassung vom 29. April 1912, hat die dazu berufene Kommission die Preise, nach denen für das Kadavergewicht gefallener oder getöteter rotlaufkranker Schweine Entschädigung zu gewähren ist, unter Abänderung ihres am 1. April 1909 veröffentlichten Beschlusses wie folgt festgesetzt:

für die ersten 10 kg des Kadavergewichts das kg zu 300 Pfg.

„ das 11. bis 20. „ „ „ „ 250 „

„ 21 und mehr „ „ „ „ 200 „

Diese Preise werden gemäß § 7 der Ausführungsverordnung zu oben genanntem Gesetz vom 30. April 1912 veröffentlicht.

Gießen, den 21. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Demmerde.

Bekanntmachung

der Reichsfuttermittelstelle zur Ausführung der §§ 4 Abs. 2, 19 Abs. 1 der Verordnung über Futtermittel vom 5. Oktober 1916 (Reichsgesetzbl. S. 1108 ff.)

Artikel I.

§ 1.

Die nach § 3 der Verordnung über Futtermittel vom 5. Oktober 1916 (R. G. Bl. S. 1108) angezeigten gewerblichen Betriebe haben bei der zu Beginn eines jeden Kalendervierteljahres der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte zu erstellenden Anzeige zugleich anzugeben:

1. die Zahl der im eigenen Betriebe tatsächlich gebrauchten Spanntiere (getrennt nach Pferden und sonstigen Spanntieren);
2. die zur Verfütterung an diese Spanntiere im laufenden Kalendervierteljahre unbedingt erforderlichen (und daher von der Ablieferungspflicht befreiten) Mengen an Kraftfuttermitteln und bei Kraftfuttermitteln, die nur zeitweise anfallen, die bis zum voraussichtlich nächsten Anfall unbedingt erforderlichen (also über das Ende des Kalendervierteljahres zurückzubehaltenden) Mengen an Kraftfuttermitteln.

§ 2.

Der Anzeige ist eine amtliche Bescheinigung des Kommunalverbandes (Landrat, Magistrat kreisfreier Städte, Bezirksamt, Amtshauptmann usw.) beizufügen:

1. darüber, daß die angegebenen Spanntiere tatsächlich vorhanden sind und in dem Betriebe zu Spannzwecken gebraucht werden;
2. darüber, daß die beanspruchten Futtermengen unter Berücksichtigung der etwa sonst noch zur Verfügung stehenden Futtermittel zur Verfütterung an jene Spanntiere für den in der Anzeige genannten Zeitraum unbedingt erforderlich sind.

Hat die Bezugsvereinigung Bedenken gegen die Höhe der hiernach als erforderlich bescheinigten Futtermengen, so entscheidet auf ihren Antrag die Reichsfuttermittelstelle.

§ 3.

Es bleibt vorbehalten, Höchstgrenzen festzusetzen, über die hinaus eine Befreiung von der Ueberlassungspflicht von Kraftfuttermitteln zur Verfütterung an die im eigenen Betriebe gebrauchten Spanntiere nicht gewährt wird.

§ 4.

Gewerblichen Betrieben, welche verschiedene Arten von Kraftfuttermitteln in Gewahrsam haben oder in ihren Betrieben herstellen, bleibt die Wahl der zur Verfütterung an ihre Spanntiere erforderlichen Art von Kraftfuttermitteln überlassen. Für Walzfröme, Auspußgerste und Schwimmggerste findet jedoch eine Befreiung von der Ueberlassungspflicht nur insoweit statt, als eine amtliche Bescheinigung des Kommunalverbandes darüber beigebracht wird, daß andere Futtermittel in dem gewerblichen Betriebe für den Bedarf seiner Spanntiere nicht oder nicht in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen.

Artikel II.

Soweit in der Verordnung über Futtermittel vom 5. Oktober 1916 (R. G. Bl. S. 1108) die Bezugsvereinigung genannt ist, treten bei Auspuß- und Schwimmggerste an die Stelle der Bezugsvereinigung die Landes-Futtermittelstellen, in deren Bezirke die Auspuß- und Schwimmggerste anfällt, in Bundesstaaten, wo solche nicht bestehen, die von der Landeszentralbehörde bestimmte Stelle.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung der Reichsfuttermittelstelle ist ortsüblich zu veröffentlichen.

Gießen, den 20. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Leichenschmause.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Trotz der Lebensmittelpnot und der jetzigen schweren Zeit ist nach uns gewordener Mitteilung die Sitte der Leichenschmause noch nicht eingestellt. Wir beauftragen Sie, durch ortsübliche Bekanntmachung und Belehrung auf die Beseitigung dieser Unsitte, welche die leidtragenden Familien schwer belastet, hinzuwirken.

Gießen, den 21. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Befreiung vom Besuch der Fortbildungsschule.

An die Schulvorstände des Kreises.

Alle im Winter 1916/17 als Holzhauer beschäftigte fortbildungspflichtige junge Leute sind für die ganze Dauer der Holzhauereien vom Besuch der Fortbildungsschule zu befreien.

Gießen, den 18. Oktober 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

J. B. Langemann.

Zwillingstrunddruck der Brühl'schen Univ.-Buch- und Steindruckerei. R. Lange, Gießen.

Bekanntmachung

über Salatöl-Ersatzmittel vom 17. Oktober 1916.

Auf Grund der Verordnung betreffend die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 bestimmen wir:

§ 1. Beim Verkauf von Salatlunke und Ersatzmitteln, welche als Ersatz für Salatöl gelten sollen, dürfen nachstehende Preise nicht überschritten werden:

1. Beim Verkauf durch den Erzeuger 25 Pfg. für ein Liter als Fabrik.
2. Beim Verkauf im Großhandel 30 Pfg. für ein Liter.
3. Beim Verkauf im Kleinhandel 40 Pfg. für ein Liter.

Als Verkauf im Kleinhandel gilt der Verkauf unmittelbar an den Verbraucher.

§ 2. Salatlunke und ähnliche Mittel, welche als Ersatz für Salatöl gelten sollen, dürfen erst dann in den Handel gebracht werden, wenn die Genehmigung der Preisprüfungsstelle desjenigen Kommunalverbandes, in dem der Verkauf stattfinden soll, erteilt worden ist. Die erteilte Genehmigung ist unter den amtlichen Nachrichten des Kommunalverbandes durch die Preisprüfungsstelle zu veröffentlichen. Ist für den Bezirk des betreffenden Kommunalverbandes oder innerhalb seines Bezirkes keine Preisprüfungsstelle erteilt, so ist die Erlaubnis durch den Kommunalverband zu erteilen.

§ 3. Die Erlaubnis wird erteilt, wenn das Ersatzmittel als gebrauchsfähig anerkannt wird. Die Preisprüfungsstelle bzw. der Kommunalverband soll sich zur Entscheidung über die Gebrauchsfähigkeit auf das Gutachten eines amtlichen chemischen Untersuchungsamtes stützen.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des § 1 werden auf Grund des Gesetzes betreffend die Höchstpreise vom 14. August 1915 mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des § 2 werden gemäß Verordnung vom 25. September 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 5. Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Darmstadt, den 17. Oktober 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises, Großh. Polizeiamt Gießen und Großh. Gendarmerie des Kreises.

Vorstehende Bestimmung ist ortsüblich bekannt zu machen, die betreffenden Gewerbetreibenden sind zu bedeuten und der Befolg der Verordnung ist zu überwachen.

Gießen, den 21. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Ettingshausen; hier Drainagen.

In der Zeit vom 1. bis einschließlich 7. November ff. 18. liegen auf Großh. Bürgermeisterei Ettingshausen die Ausschläge über die Verzinsung der Drainagekosten zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschlusses innerhalb der obenangegebenen Offenlegungsfrist bei Großherzoglicher Bürgermeisterei Ettingshausen schriftlich und mit Gründen versehen einzureichen.

Friedberg, den 14. Oktober 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:

Schnittspahn, Regierungsrat.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Münster; hier Drainagen.

In der Zeit vom 3. bis einschließlich 9. November ff. 18. liegen auf Großh. Bürgermeisterei Münster die Ausschläge der Zinsen für Drainagekosten zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschlusses innerhalb der obenangegebenen Offenlegungsfrist bei Großherzoglicher Bürgermeisterei Münster schriftlich und mit Gründen versehen einzureichen.

Friedberg, den 17. Oktober 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:

Schnittspahn, Regierungsrat.

Drucksachen aller Art

liert in jeder gewünschten Ausstattung preiswert die
Brühl'sche Universitäts-Druckerei, Schulstr. 7